Nächste Stufe: Entwurfsplanung

Einstimmig hat der Schulcampus-Ausschuss zentrale Planungsleistungen an die am besten bewerteten Anbieter vergeben.

Von Johannes Fritsche

Wie es bei der geplanten Verbundschule bei der Finanzierungs- und Zuschussfrage weitergeht, wird sich zeigen. Foto: Riesterer

SCHRAMBERG. Der Neubau des Schulcampus ist einen wichtigen Schritt weiter: Nach dem Beschlussvorschlag der Stadt, den Hochbauleiter Andreas Krause ausführlich erläuterte, sollten Architekt und Fachplaner auf Basis der Vorplanung schnellstmöglich mit der Entwurfsplanung inklusive Kostenberechnung (Leistungsphase 3) beauftragt werden. Nach einer längeren, teils heftigen Aussprache erfolgte der Beschluss einstimmig.

Somit gehen der Auftrag (bis Leistungsphase 3) für die Tragwerksplanung an das Büro Helber und Ruff aus Ludwigsburg, für die Bereiche Heizung/Lüftung/Sanitär an das Ingenieurbüro André E. Schwarz aus Villingen-Schwenningen, für den Bereich Elektro an das Büro Schnell Ingenieure aus Tuttlingen und für die Freianlagen an die AO Landschaftsarchitekten aus Mainz. Diese vier Unternehmen hatten bei den Zuschlagskriterien „Projektorganisation", „Projekteinschätzung und Vorgehensweise", Projektmanagement" und „Honorarangebot" die höchste Punktzahl erreicht.

Noch keine Klarheit bei der Zuschussfrage.

Um Zeit zu gewinnen, stimmten die Ratsmitglieder auch zu, dass die Planungen zur Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4) parallel zum Bebauungsplan vorbereitet und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Mit dem jetzt verabschiedeten Verwaltungsvorschlag wurde zentralen Forderungen eines Antrags der CDU-Fraktion vom Juli entsprochen.

Zu Sitzungsbeginn berichtete Abteilungsleiterin Kerstin Flaig über den Sachstand beim Thema möglicher öffentlicher Zuschüsse. Danach hatte am 21. Juli ein Treffen mit dem Regierungspräsidium Freiburg (RP) stattgefunden. Darin wurde unter anderem ein Vorbereitungstermin vor Ort für Anfang September vereinbart. Ein zuständiger Beamter des RP und ein Mitarbeiter des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg kamen nach Schramberg, gingen die Planungsunterlagen durch und besichtigten die Frage kommenden Gebäude (Graf von Bissingen Straße 8 und 10, Peter-Meyer- und Realschule). Nun muss die Stadtverwaltung noch einige Unterlagen nachreichen. „Dann entscheidet die Schulbaukommission, ob es einen Zuschuss gibt, und falls ja, in welcher Höhe", schloss Flaig.

Zur Terminfragen werden noch keine Daten genannt.

Tanja Witkowski (SPD/Buntspecht) fragte, ob die Angebotszahlen noch aktuell sind und wann der Bebauungsplan fertig sein kann. Abteilungsleiter Krause nannte für die Phasen eins bis drei die Summe von 1,69 Millionen Euro, die „zum damaligen Zeitpunkt als Planungskosten zugrunde lagen". Davon werde der Großteil in 2024 fällig. Und was die Zuschüsse betreffe, da könne man „noch nicht allzu viel sagen". Die Terminfrage gab er an Stadtplaner Joschka Joos weiter, der sich beim aktuellen Stand der Planungen noch nicht zeitlich festlegen konnte.

Hälfte der Gesamtkosten muss Eigenanteil sein.

Thomas Brantner (CDU) stellte fest: „Wir vergeben heute 1,69 Millionen Euro an Planungsleistungen, aber einige Frage sind noch nicht geklärt." Aber je länger es dauere, desto teurer werde es.

Wenn die Stadt die Hälfte der Gesamtkosten als Eigenanteil aufbringen kann, dann ist der Spatenstich möglich – so lautet die allgemein geteilte Zielvorstellung. „Doch wo will man ansetzen?", fragte Kämmerer Klemens Walter zur Finanzierbarkeit. Wenigstens bei den Zuschüssen sollte man Sicherheit haben, aber das wäre derzeit noch nicht gegeben. Thomas Brantner und Clemens Maurer (CDU) verwiesen erneut auf die Dringlichkeit der „Entwurfsplanung" – Ralf Rückert (Freie Liste) betonte, ohne die Leistungsphasen eins bis drei wäre ein Bebauungsplan nicht möglich und erwähnte die Parkmöglichkeiten, die man auch im Blick behalten müsse.

Ärger über Inhalte aus nichtöffentlicher Runde.

Das RP empfehle, mit einer Beteiligung der Umlandgemeinden an der Finanzierung des Schulcampus „defensiv umzugehen", teilte Oberbürgermeisterin Eisenlohr mit, nannte dann doch den Betrag von neun bis zehn Millionen Euro, die ein solcher Anteil ausmachen könnte.

An dieser Stelle holte Udo Neudeck (Freie Liste) tief Luft und legte los: An vier Millionen Euro Zuschuss sollte es doch nicht scheitern, wenn sie dann später tatsächlich kämen, bräuchte man sie für die Kostensteigerung. „Aber die Umlandbeteiligung jetzt an dieser Stelle einzubringen, ist daneben. Wir haben lange genug darüber diskutiert, um zu wissen, das gehört jetzt nicht hierher. Das bringt nur Unmut im Umland", wetterte Neudeck. „Ich kann Udo verstehen", pflichtete Witkowski bei. Eisenlohr wollte ihre Bemerkung dazu nicht als zentrale Aussage, sondern „als Fußnote" verstanden wissen.

Einstimmig empfahl der Ausschuss, die Planungsleistungen zu vergeben, einschließlich der überplanmäßigen Mitteln von geschätzten 150 000 Euro für den Einstieg in die Vorentwurfsplanung. Der Gemeinderat entscheidet dazu am kommenden Donnerstag.